

USA übergeben israelischen Brandstiftern die brennende Fackel

Maureen Clare Murphy, electronicintifada.net, 27.02.23

Die USA ebnen den Weg für schreckliche Gewalt gegen Palästinenser, indem sie dem Staat Israel die Möglichkeit geben, seine Siedler- und Apartheidpolitik auf die Spitze zu treiben.

Damit könnte Washington auch das Ende der völligen Straffreiheit beschleunigen, die es dem israelischen Staat erlaubt, Palästinenser nach und nach „niederzumetzeln“, die seine koloniale Vorherrschaft herausfordern.

Die Ereignisse der vergangenen Tage werden es Washington und seinen Verbündeten schwerer machen, die Situation der extremen Ungerechtigkeit in Palästina als etwas zu betrachten, das man auf unbestimmte Zeit verwalten kann.

Die Wut und der Widerstand des palästinensischen Volkes lassen sich weder durch israelische Brutalität noch durch Washingtons unglaubliche diplomatische Scharaden länger kontrollieren oder eindämmen

Dieser Ansatz der Konfliktbewältigung - bei dem die kolonisierten Palästinenser als gleichberechtigte Partner ihres Unterdrückers behandelt werden, während man von ihnen verlangt, die Drecksarbeit des Besatzers zu erledigen - herrschte während des vergangenen Vierteljahrhunderts vor. Das war die Zeit, die auf die Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zwischen dem Staat Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation Mitte der 1990er Jahre folgte.

In dieser Periode hat sich der Staat Israel selbstverständlich die Hügel der Westbank angeeignet und den Bau seiner Siedlerkolonien unter Verletzung des Völkerrechts beschleunigt, wodurch das Land und die Gesellschaft der Palästinenser weiter zersplittert wurden. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, veranschaulichte diesen Ansatz auf einer Pressekonferenz nach der blutigen Razzia der israelischen Armee in der Stadt Nablus in der Westbank am Mittwoch. (1)

Elf Palästinenser, darunter ein Kind und drei Männer über 60, wurden bei der Razzia getötet und Dutzende weitere verletzt. Sie begann damit, dass als palästinensische Zivilisten verkleidete israelische Streitkräfte auf einem belebten Gemüsemarkt das Feuer eröffneten.

Price sagte: „Wir sind zutiefst besorgt, dass die Auswirkungen der heutigen Razzia die Bemühungen um die Wiederherstellung der Ruhe sowohl für Israelis als auch für Palästinenser zurückwerfen könnten“, womit er andeutete, dass nicht die gewaltsame Razzia selbst einen Rückschlag für die Ruhe darstellte.

Price betonte „die dringende Notwendigkeit für beide Seiten, zusammenzuarbeiten, um die Sicherheitslage in der Westbank zu verbessern“, und unterstellte absurderweise, dass die Palästinenser für die Aufrechterhaltung der Sicherheit des israelischen Regimes der Siedlerkolonisierung, Apartheid und militärischen Besetzung verantwortlich seien.

Auf derselben Pressekonferenz wurde Price von Reportern gefragt, ob der erklärten Besorgnis des Außenministeriums auch handfeste Konsequenzen für das israelische Vorgehen gegenüberstehen würden.

Er verwies auf „die Vereinbarung, die Israelis und Palästinenser“ am vergangenen Wochenende getroffen haben. Dabei wurde die Palästinensische Autonomiebehörde von Washington unter Druck gesetzt, ihre Bemühungen um eine Resolution des UN-Sicherheitsrates aufzugeben, in der die Ankündigung des Staates Israel, Siedlungsaußenposten zu legalisieren und neue Siedlungseinheiten zu bauen, verurteilt werden würde.

Mit anderen Worten: Die USA setzten die Palästinensische Autonomiebehörde unter Druck, ihre Bemühungen aufzugeben, den Staat Israel bei der UNO zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen, weil, wie Price' Stellvertreter Vedant Patel vor zwei Wochen gegenüber Reportern erklärte, die Regierung Biden die Intervention als „nicht hilfreich“ ansah.

Auf die Frage, ob das Blutbad vom Mittwoch in Nablus bedeute, dass die Bemühungen der USA gescheitert seien, betonte Price, dass Washington eine „konstruktive und nützliche Rolle“ spiele. „Die Vereinigten Staaten sind ein Partner. Wir sind ein Partner für Israel, wir sind ein Partner für die Palästinenser“, fügte Price hinzu. „In unserer Eigenschaft als Partner koordinieren wir zwischen ihnen und untereinander.“

Washingtons Ziele in Aqaba

In dieser „Eigenschaft“ drängten die USA Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Sicherheitsbehörden zu einem Treffen am Sonntag in Akaba, das auf Einladung des jordanischen Königs Abdallah und unter Beteiligung ägyptischer Vertreter stattfand.

In einem gemeinsamen Kommuniqué hieß es, Israelis und Palästinenser hätten sich zu einer „Deeskalation vor Ort und zur Verhinderung weiterer Gewalt“ verpflichtet. (2)

Dem Kommuniqué zufolge verpflichtete sich der Staat Israel, „die Diskussion über neue Siedlungseinheiten für vier Monate einzustellen und die Genehmigung von Außenposten für sechs Monate zu stoppen“.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu wies jedoch schnell jede Annahme von einer Pause bei Diebstahl und Kolonisierung palästinensischen Landes durch den Staat Israel zurück. (3) „Es gibt kein Einfrieren und wird auch kein Einfrieren geben“, sagte Netanjahu nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Kommuniqués von Aqaba. Noch bevor die Tinte trocknen konnte, eskalierte die Gewalt.

Am Sonntag wurden zwei israelische Siedler in Huwwara, einem Dorf in der Nähe von Nablus und einem häufigen Brennpunkt der Besatzungsgewalt, anscheinend bei einem palästinensischen Schusswechsel getötet – mit ziemlicher Sicherheit als Vergeltung für die tödliche Razzia vom Mittwoch.

Daraufhin begannen die Siedler einen Rachefeldzug, bei dem sie palästinensische Häuser und Fahrzeuge anzündeten und verwüsteten sowie Vieh attackierten. Ein Palästinenser, der 37-jährige Sameh Aqtash, wurde entweder von Siedlern oder vom Militär erschossen, und Dutzende weitere wurden verletzt. (4)

So viel zu Washingtons Bemühungen um „Deeskalation“

Das Hauptziel des Gipfels von Akaba bestand zweifellos darin, die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde als einheimischer Vollzugsbeamter des Staates Israel zu stärken und wiederherzustellen, mit politischer Rückendeckung und möglicherweise Ausbildung durch Ägypten und Jordanien. (5)

Der Staat Israel und die palästinensische Behörde „bekräftigten ihr Bekenntnis zu allen früheren Vereinbarungen zwischen ihnen und zur Arbeit an einem gerechten und dauerhaften Frieden“, heißt es in dem Kommuniké. Dies kann sich nur auf die Oslo-Abkommen beziehen, die die Palästinensische Autonomiebehörde verpflichten, mit Israel gegen den palästinensischen Widerstand gegen die Besatzung zusammenzuarbeiten.

Während das Reden von Frieden und Gerechtigkeit nur ein Lippenbekenntnis ist, werden Washington und seine lokalen Auftraggeber die Palästinensische Autonomiebehörde unter Druck setzen, damit sie ihrer Verpflichtung nachkommt, den Staat Israel und seine randalierenden Siedler vor dem palästinensischen Volk zu schützen.

So sieht die amerikanische „Partnerschaft“ in der Praxis aus. Washington stellt dem Staat Israel jedes Jahr mindestens 3,8 Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung, während es der Palästinensischen Autonomiebehörde unter der Bedingung, dass sie als Vollstreckungsorgan für die israelische Besatzung dient, einen vergleichsweise geringen Betrag gibt.

Die ganze Zeit über fungieren die USA als Anwalt des Staates Israel in internationalen Foren und untergraben die palästinensischen Bemühungen um Rechenschaftspflicht. (Auf derselben Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch bekräftigte Price' Kollege Washingtons Ablehnung der palästinensischen Ermittlungen vor dem Internationalen Strafgerichtshof. (6)

Und was geschah sonst noch in den Tagen, nachdem Washington, stets der konstruktive Partner, die Abstimmung des Sicherheitsrates über israelische Siedlungen vereitelt hatte? Der Staat Israel genehmigte Pläne für 7.000 neue Siedlungseinheiten – „die größte Anzahl, die jemals in einer Sitzung genehmigt wurde“, so die *Times of Israel* – einschließlich Hunderter von Häusern in Außenposten, die noch nicht offiziell von der Regierung legalisiert wurden und auf palästinensischem Land gebaut werden. (7)

Tel Aviv plant auch den Bau von Tausenden von Wohneinheiten im Gebiet E1 in Jerusalem, was die Westbank faktisch in zwei Hälften teilen und einem zukünftigen palästinensischen Staat einen tödlichen Schlag versetzen würde, wie *Peace Now* schreibt. (9)

Bezalel Smotrich, Israels rechtsextremer Finanzminister, der in einer der Siedlungen lebt, die für einen weiteren Ausbau vorgesehen sind, scheint sich sicher zu sein, dass Washington ihm nicht im Wege stehen wird.

„Es ist erlaubt, Meinungsverschiedenheiten unter Freunden zu haben, aber letztendlich tun wir, was für uns richtig ist, und das verstehen sie“, sagte Smotrich, wie die Tel Aviver Tageszeitung *Haaretz* berichtet. (9)

In der Zwischenzeit wurde Smotrich letzte Woche zum Gouverneur der Westbank ernannt, was nach Ansicht von Rechtsexperten de jure eine Annexion der besetzten Gebiete darstellt. Ein vom israelischen Verteidigungsminister unterzeichnetes Abkommen überträgt Smotrich Regierungsbefugnisse in der Westbank und erweitert die israelische Souveränität über die *Grüne Linie* hinaus.

Michael Sfard, ein israelischer Menschenrechtsanwalt, sagte, dass „die Übertragung von Befugnissen an israelische Zivilisten ein Akt der De-jure-Annexion ist, da sie dazu führt, dass dem Besatzungsmilitär die Macht entzogen wird und sie direkt in die Hände der Regierung gelegt wird“. (10) Er fügte hinzu, dass das Abkommen „gleichzeitig ein riesiger Schritt zur legalen Annexion der Westbank und ein Akt der Verewigung des Apartheidregimes“ sei.

Der Siedlungsbau und die formale Annexion besetzter Gebiete sind eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht.

Und doch war die einzige Antwort, die der Sprecher des US-Außenministeriums aufbringen konnte, als er am Donnerstag dazu befragt wurde, die müde Wiederholung, dass es sowohl für den Staat Israel als auch für die Palästinensische Autonomiebehörde von entscheidender Bedeutung sei, „alle einseitigen Schritte zu unterlassen, die die Spannungen verschärfen oder das Potenzial haben, die Bemühungen zu untergraben, die Aussichten auf eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung zu verbessern. (11) In Wirklichkeit bedeutet dies, Schritte zu vermeiden, die die Aufrechterhaltung des israelischen Regimes der Siedler-Kolonialherrschaft in Frage stellen, die unter dem Deckmantel eines nicht existierenden Friedensprozesses existiert.

In dem am Sonntag veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué wird „die Bedeutung des Treffens in Akaba, als das erste seiner Art seit Jahren“, gewürdigt. Es kündigte ein weiteres Treffen im März an, diesmal auf Einladung Ägyptens im Badeort Sharm al-Sheikh am Roten Meer, mit dem Ziel, „die positive Dynamik aufrechtzuerhalten und diese Vereinbarung auf einen breiteren politischen Prozess auszuweiten, der zu einem gerechten und dauerhaften Frieden führt“.

Dies ist ein Rückfall in die ständige Flut von Gipfeltreffen, Friedensplänen und Fahrplänen, die die Blütezeit der Oslo-Ära kennzeichneten: endlose Prozesse und emsige Arbeit anstelle echter Bemühungen, den Staat Israel zur Verantwortung zu ziehen und seine Unterdrückung der Palästinenser zu beenden.

Es ist ein Versuch, Washington wieder das Steuer in die Hand zu geben. Doch die Ereignisse vor Ort zeigen, dass ein kolonialer Konflikt seine eigene brutale Logik hat. Die Wut und der Widerstand des palästinensischen Volkes lassen sich weder durch israelische Brutalität noch durch Washingtons unglaubliche diplomatische Scharaden länger kontrollieren oder eindämmen.

„Reform“ der Gesetzgebung bedroht Straffreiheit

Indem sie sich weigern, auch nur den geringsten Druck auf den Staat Israel auszuüben, tragen die USA paradoxerweise dazu bei, die Blase der Straffreiheit zum Platzen zu bringen, die sie so lange aufrecht-erhalten haben.

Gilad Noam, der israelische Stellvertretende Generalstaatsanwalt, warnte Anfang des Monats die Parlamentarier, dass die Bemühungen der Regierung, die Unabhängigkeit und den Handlungsspielraum der Justiz zu beschneiden, die beste Verteidigung des Staates Israel gegen die Kontrolle durch den Internationalen Strafgerichtshof untergraben. (12)

Sollten diese Änderungen umgesetzt werden, würde dies „die Wahrnehmung des Justizsystems als professionell, unabhängig und unpolitisch verändern“, so Noam. „Dies könnte sich auf Israels Fähigkeit auswirken, die Herausforderungen des internationalen Rechtssystems zu meistern“, fügte Noam hinzu und sagte, dass „nicht alles in einer solchen öffentlichen Debatte erörtert werden kann“. Berichten zufolge fand letzte Woche hinter verschlossenen Türen eine vertrauliche Diskussion über die internationalen Auswirkungen der Gesetzes- „Reform“ statt. (13)

Israelische Reservisten, darunter auch die der Luftwaffe, drohen damit, sich zu weigern, „Einberufungen oder bestimmten Anweisungen nachzukommen“, da die israelische Öffentlichkeit gegen das protestiert, was viele als „Justizputsch“ bezeichnen, wie die Tel Aviver Tageszeitung Haaretz berichtet. (14)

„Reservepiloten und -navigatoren sagen, dass Besatzungsmitglieder zunehmend versuchen, die Meldung für Trainingstage in ihren Staffeln zu verschieben“, so die Zeitung. In den WhatsApp-Gruppen der Luftwaffe „verbreiten sich die Aufrufe zur Dienstverweigerung wie ein Lauffeuer“.

Reservisten sind besorgt, „dass die neuen Gesetze Reservepiloten anfälliger für rechtliche Schritte im Ausland machen könnten“, so *Haaretz* weiter.

Rechtsberater des israelischen Verteidigungsministeriums sagten den Gesetzgebern während der Klausurtagung, dass „wenn die Justiz geschwächt wird ... der Anspruch des Staates auf robuste Ermittlungs- und Rechtsmechanismen, die ein Eingreifen von außen unnötig machen, ebenfalls geschwächt wird“.

Die Piloten der israelischen Luftwaffe könnten daher „als erste im Visier des Haager Gerichts stehen“, wie *Haaretz* klarstellte. Wäre die internationale Justiz kein abgekartetes Spiel, stünde das US-Personal, dessen Fingerabdrücke überall auf Israels Verbrechen zu finden sind, nicht weit hinter ihnen.

Ali Abunimah hat mit Berichten und Analysen zum Artikel beigetragen.

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/us-hands-lit-torch-israeli-arsonists/37246>

- 1 <https://www.state.gov/briefings/departments-press-briefing-february-22-2023/#post-422899-IsraelPalCriminalJustice>
- 2 <https://www.state.gov/aqaba-joint-communique>
- 3 <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-rushes-to-deny-settlement-freeze-announced-after-aqaba-summit>
- 4 <https://www.timesofisrael.com/settlers-said-to-rampage-in-huwara-after-deadly-attack-set-fire-to-cars-and-homes>
- 5 <https://www.middleeasteye.net/opinion/palestinian-authoritys-last-gasp>
- 6 <https://electronicintifada.net/content/us-and-israel-team-thwart-war-crimes-probes/29906>
- 7 <https://www.timesofisrael.com/israel-advances-plans-for-7k-settler-homes-places-e1-project-back-on-the-docket>
- 8 <https://twitter.com/peacenowisrael/status/1628804706561675266>
- 9 <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-02-23/ty-article/.premium/israel-advancing-plans-for-housing-units-in-west-bank-settlements-legalizing-outposts/00000186-800f-d525-a9ef-96bf4ee00000>
- 10 <https://twitter.com/sfardm/status/1628773117391667205>
- 11 <https://www.state.gov/briefings/departments-press-briefing-february-23-2023/#post-423366-ISRAEL>
- 12 <https://m.knesset.gov.il/EN/News/PressReleases/Pages/press12223w.aspx>
- 13 <https://twitter.com/HagaiElAd/status/1628023383848779777>
- 14 <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-02-24/ty-article/.premium/between-judicial-overhaul-and-icc-israeli-reservists-may-become-a-force-to-be-reckoned/00000186-801d-de2d-aff-f71fc0f90000>

Übersetzung: Pako –palaestinakomitee-stuttgart.de